

Newsletter aus Europa No. 5 (April 2010)

In diesem Newsletter finden Sie:

- » Aktuelles aus dem Wahlkreis
- » Aktuelles aus den Ausschüssen
- » Neues aus den Delegationen
- » Was macht eigentlich das Büro von MdEP...?
- » Termine - Rückschau
- » Termine - Vorausschau
- » Aus dem "EU-Jargon"
- » Kontakt & Impressum

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Nadja Hirsch erhält „München in leuchtet“ in Silber

Am 16. April bekam die ehemalige Münchner Stadträtin und jetzige Europaabgeordnete Nadja Hirsch die Medaille "München leuchtet" durch die Bürgermeisterin Strobl überreicht. Mit der Silbermedaille wird die FDP-lerin für ihre politischen Verdienste um die Landeshauptstadt München ausgezeichnet.



"Ich freue mich sehr über diese besondere Auszeichnung. Die Arbeit in der Stadtratsfraktion hat mir sehr viel Spaß gemacht. Die verschiedenen Bereiche, in denen ich mich eingesetzt habe, waren eine gute Vorbereitung für meine heutige Ausschussarbeit im Europaparlament".

Heute ist es ihr ein besonderes Anliegen, die Verbindung und

Zusammenarbeit zwischen den bayerischen Kommunen und der EU zu stärken. Die meisten Themen auf EU-Ebene wirken sich direkt vor Ort aus. Die Rahmenbedingungen können in Brüssel gesetzt werden, aber es muss genug Spielraum bleiben, damit Entscheidungen auf lokaler Ebene getroffen werden - nah am Bürger. Denn schließlich passiert auch die Umsetzung vor Ort. Vor allem bei den Themen Migration, Soziales und Bildung, denen sie sich verstärkt widmet, ist das offensichtlich.

Im Mai 2002 zog Nadja Hirsch als jüngste Stadträtin Münchens in das Rathaus ein. Bis August 2009 war sie dort ehrenamtliche Stadträtin und stellvertretende Vorsitzende der FDP Stadtratsfraktion. Im Juni 2009 wurde Hirsch als FDP Spitzenkandidatin für Bayern ins Europaparlament gewählt.

„Jetzt red i, Europa“

„Jetzt red i, Europa“, die Sendung des Bayerischen Rundfunks mit Bürgern und Politikern rund um Europa wurde dieses Mal auf der Plassenburg in Kulmbach aufgenommen. Tilmann Schöberl und Irmtraud Richardson fragten nach: Was läuft schief in der EU? Wo muss sich dringend etwas ändern? Was läuft gut?

Dieses Mal diskutierten Monika Hohlmeier (CSU), Michael Mann (Europäische Kommission) und Nadja Hirsch (FDP) zu aktuellen europäischen Themen wie Salz in der Breze, Vulkanausbruch, Griechenland, Gehälter der EU-Beamten, europaweite Alkoholgrenzen und Zeitumstellung. **Die Sendung können Sie bis zum 28.4.2010 abrufen** <http://mediathek-video.br-online.de/o16/br/b7/player/public/b7mediathek.html?bccode=both#Mediathek>

Editorial



Liebe Europa-Interessierte,

auch im Europäischen Parlament löste die Aschewolke des Vulkans ein großes Durcheinander aus.

Nachdem die Kolleginnen und Kollegen eine teilweise sehr lange und beschwerliche Abreise aus Brüssel in ihre Wahlkreise hinter sich hatten, stellte sich zu Beginn der Straßburgwoche die Frage der Anreise. Für viele hätte dies eine bis zu 30-stündige Fahrt mit dem Auto, der Fähre oder dem Zug bedeutet. Aber auch die Mitarbeiter und die Verwaltung musste von Brüssel nach Straßburg gebracht werden – wie, wusste allerdings niemand so genau. Nachdem also deutlich wenig Abgeordnete in Straßburg waren, entschloss sich das Präsidium, zwar die Debatten durchzuführen.

Die Abstimmungen wurden allerdings auf die nächste Plenumssitzung verschoben. Eines stellte diese Situation aber erneut unter Beweis: Die Unsinnigkeit des Pendelns zwischen Brüssel und Straßburg.

*Ihre
Nadja Hirsch*



Aktuelles aus den Ausschüssen

Digitale Dividende muss europaweit effizient genutzt werden

Im Vorfeld der Frequenzversteigerung in Deutschland ab dem 12. April kam es in Brüssel zu einem Austausch zwischen der deutschen Presse und Vertretern der deutschen Mobilfunkbranche. Dies ermöglichte es der Presse, technische Hintergründe zu erfragen und mehr über die Strategien, Chancen und Herausforderungen der Mobilfunkanbieter hinsichtlich der Umstellung von analogem auf digitales Fernsehen zu erfahren. Deutschland hat diese Umstellung bereits abgeschlossen. Die dadurch frei werdenden Frequenzen werden in einer Auktion - ähnlich der Versteigerung der UMTS-Lizenzen - versteigert. Ziel ist es, Deutschland und allen voran die ländlichen Gegenden mit mobilem Breitband zu versorgen. Denn Breitband ist sowohl Standort- als auch Innovationsfaktor und bietet Privathaushalten wie auch Unternehmen zu neuen Diensten und Inhalten.

Dennoch kann der Prozess nicht einfach an nationalen Grenzen halt machen, denn Nutzer werden immer mobiler und wollen lokale Inhalte auch aus dem Ausland abfragen können bzw. wollen von zuhause aus Zugang zu ausländischen haben. Ziel muss es daher sein, einen attraktiven, digitalen Binnenmarkt für den europäischen Verbraucher zu schaffen. Denn dieser birgt ein enormes wirtschaftliches Wachstumspotential für ganz Europa. Dafür ist ein gewisses Maß an Koordinierung auf EU-Ebene notwendig. Zunächst geht es darum, die europaweite vollständige Umstellung von analog auf digital baldmöglichst zu vollziehen. Weiterhin müssen technische Lösungen gefunden werden, damit die Verbraucher Dienste grenzüberschreitend und störungsfrei nutzen können

Bei der Digitalen Dividende handelt es sich um Frequenzen im Teilbereich 790 bis 862 Megahertz, die durch die Umstellung von analogem auf digitales terrestrisches Fernsehen frei werden. Obwohl sie ein nicht greifbares Gut ist, ist die Digitale Dividende eine wertvolle und vor allem knappe Ressource, die sowohl von wirtschaftlichem als auch von sozialem Wert und Interesse ist.

Aktuelles aus den Delegationen

Kroatien weiter auf gutem Kurs - aber noch nicht in der EU angekommen

Vom 29. bis 30. März reiste eine Delegation aus Europaabgeordneten nach Kroatien, um mit ihren Amtskollegen aus dem kroatischen Parlament (siehe Foto) über die Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen zu diskutieren. In den meisten Bereichen konnten gute Fortschritte erzielt werden und der politische Wille, die Reformen weiter voranzutreiben, war über alle Parteien hinweg sehr präsent. Kroatien hofft auf einen Abschluss der Verhandlungen bis 2010. Doch dafür wird es äußerst knapp.



Denn noch steht das Land vor großen Herausforderungen. Insbesondere bei der Korruption, dem organisierten Verbrechen, der Reform und Effizienz des Justizsystems und der Steigerung des Wettbewerbs bleibt noch einiges zu tun. Auch ist unbedingt notwendig, dass die Reformen der Regierung auch in Zeiten der Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit die Unterstützung und den Rückhalt in der Bevölkerung finden.

Die zwölköpfige Delegation startete ihren Besuch beim neuen kroatischen Präsidenten Josipovic, der die Bedeutung Kroatiens in der Balkanregion und die Wichtigkeit, guter nachbarschaftlicher Beziehungen in der noch immer fragilen Region hervorhob. Beim darauffolgenden Besuch der Premierministerin Kosor zeigte sich diese bezüglich des andauernden Grenzkonflikts mit Slowenien pragmatisch und betonte, dass bilaterale Streitigkeiten, wie der Grenzstreit, nicht zu einer allgemeinen Blockade der Beitrittsverhandlungen führen dürften. Hier herrsche Einigkeit mit ihrem slowenischen Amtskollegen.

Was macht eigentlich das Büro von MdEP...

Ramon Tremosa i Balcells

In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen gerne meinen spanischen ALDE- Kollegen Ramon Tremosa i Balcells vorstellen. Er ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung und Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China. Als Stellvertreter ist er im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr und im Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise tätig. Des Weiteren ist er stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu Israel sowie in der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer.

1. In den letzten Wochen war die Finanzkrise Griechenlands das Topthema der Politik und der Medien in ganz Europa. Auch Spanien gehört zu den Ländern, die die Stabilität des Euro gefährden. Was denken Sie kann man als Erfahrung aus der Griechenland Misere ziehen und wie sehen sie die spanische Entwicklung?

Die europäische Einheit wurde oft von Krisen und plötzlichen Erschütterungen des Systems vorangetrieben. Ohne die Spekulationen gegen das Pfund durch George Soros 1992, welche innerhalb von nur ein paar Tagen die Devisenreserven der Bank of England leerten, hätten wir heute keinen Euro. Denn keine Zentralbank hätte so ohne weiteres ihre monetäre Souveränität aufgegeben.

Die Krise in Griechenland, die seit Beginn des Jahres im Mittelpunkt steht, ist ebenfalls eine Chance. Man kann jetzt sehen, dass eine mangelnde Koordination der Fiskalpolitik innerhalb der Eurozone deren Stabilität gefährden kann. Dass die Eurozone kein optimales Währungsgebiet sein würde, war schon von Anfang an klar.

Es kann so aussehen, als ob Europa immer um einen Vertrag hinterherhinkt. Der Lissabon-Vertrag ist ein valides Instrument, wenn es um die Erweiterung der Union auf 27 Mitglieder geht (indem das Einstimmigkeitsprinzip bei Entscheidungen abgeschafft wird). Aber der Vertrag betrachtet nicht das Mindestmaß an fiskalen Wechselbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten, das notwendig ist, um die Effizienz einer gemeinsamen Geldpolitik zu gewährleisten. Wie Nuriel Roubini [Wirtschaftsprofessor an der Stern School of Business, New York] aufzeigt, kann eine Geldpolitik ohne ein solches Mindestmaß langfristig nicht aufrecht erhalten werden.

2. Laut einer Studie von Amnesty International wurden im letzten Jahr mindestens 714 Menschen weltweit hingerichtet. Die Menschenrechtsorganisation geht allerdings von Tausenden weiteren Exekutionen allein in China aus. Erst Anfang diesen Monats wurde ein japanischer Drogenschmuggler exekutiert. Ist in der Delegation für die Beziehungen mit China die aktuelle Menschenrechtsituation dort ein Thema und was für Einflussmöglichkeiten existieren für Europaabgeordnete?

98% aller weltweiten Hinrichtungen werden in unfreien Ländern wie China, Iran und Saudi Arabien durchgeführt. Ich glaube, dass eine endgültige Lösung des Problems der Todesstrafe in diesen Ländern zu

finden ist. Eine solche Lösung beträfe nicht nur die Todesstrafe selbst, sondern ebenso die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Die Bejahung der Demokratie bedeutet allerdings nicht eine Abschaffung der Todesstrafe, wie uns das Beispiel USA zeigt. Nur in einem demokratischen System ist die Abschaffung denkbar und kann sich bewähren. Diktatoren können über Nacht ein Dekret zur Abschaffung erlassen und genauso schnell die Todesstrafe wieder einführen.

Diesbezüglich begrüße ich das UN Moratorium zur Todesstrafe, das von der UN Generalversammlung im Dezember 2008 angenommen wurde. Diese Resolution fordert eine generelle, weltweite Aussetzung der Todesstrafe (keine Abschaffung). Sie fordert diejenigen Staaten, die die Todesstrafe aufrechterhalten, auf, diese mit dem Ziel der Abschaffung auszusetzen. Zwischenzeitlich soll die Zahl der Straftaten, die mit der Todesstrafe geahndet werden, verringert und die Rechte derjenigen, die sich im Todestrakt befinden, gewahrt werden.

Als Mitglied der China-Delegation und Teil der liberalen Familie werde ich weiterhin das Prinzip der Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte in China und der ganzen Welt verteidigen und fördern, einschließlich der Achtung der tibetischen Kultur innerhalb eines so großen und vielfältigen Landes wie China.

3. Am 22.03.2010 war der ehemalige britische Premier Tony Blair in seiner Position als Nahostgesandter im Europäischen Parlament. In seiner Rede betonte er den Willen von Vertretern Israels und Palästinas einer Zweistaatenlösung zuzustimmen. Weiterhin erklärte er, dass ein lebensfähiger Palästinensischer Staat nicht unilateral ausgerufen werden könne, sondern nur auf einer sogenannten "ground-up solution" aufgebaut werden könne. Wie schätzen Sie die Chancen auf Frieden im Nahost ein und wie könnte diese "ground-up solution" Ihrer Meinung nach Gestalt annehmen.

Israel ist die einzige Demokratie im Mittleren Osten, trotz der Tatsache, dass es immer im Kriegszustand war und immer noch ist und dauernden verbalen und tätlichen Angriffen von Terroristen ausgesetzt ist, z.B. durch tausende Raketen, mit denen die Hamas die israelische Zivilbevölkerung in den letzten 8 Jahren angegriffen hat oder anhand der Erklärung des iranischen Präsidenten, der sich wünschte, "Israel von der Landkarte zu tilgen".

Newsletter aus Europa No. 5 (April 2010)

Israel ist eine Demokratie, ein Rechtsstaat, dessen Regierungssystem ein System der gegenseitigen Kontrolle darstellt, in Gestaltung und Wirkung vergleichbar mit dem europäischer Länder. Ich bevorzuge Demokratien - sogar unvollkommene, wie manche unserer europäischen Staaten - gegenüber jeder anderen Regierungsform.

Eher als eine "Zwei-Staaten-Lösung" glaube ich, dass eine "Zwei-Demokratien -Lösung" effektiver wäre, um Frieden in der Region zu stiften. Wenn die Europäische Union glaubwürdig bleiben will und Demokratien und deren demokratische Prinzipien und Werte fördern möchte, sollte sie dieser Linie folgen.

4. Welche aktuelle europäische Frage ist aus ihrer Sicht als finnischer Abgeordneter des Europäischen Parlaments derzeit von großer Relevanz und wieso?

Während Paul Krugmans Ratschlag ist, dass der einzig gangbare Weg aus der aktuellen Situation eine interne Abwertung sei (eine beschwerliche Deflation der Preise und Einkommen, über mehrere Jahre hinweg, da Länder ihre Währung nicht abwerten können), gibt es - so denke ich - noch einen anderen Weg: die Produktivität zu steigern. Offensichtlich wird dies nicht einfach sein.

Reformen dieser Art werden einen Konflikt mit wichtigen Interessengruppen auslösen. Um das System der Schuldenbegleichung zu europäisieren, wird Spanien einen Kampf mit den riesigen spanischen Baufirmen ausfechten, die weiterhin ihre Subunternehmer erst nach 250 oder sogar 300 Tagen zahlen (im Gegensatz zu den 60 Tagen die in den europäischen Richtlinien festgelegt sind). Das Bildungssystem zu reformieren wird das Leben der verbeamteten Lehrer mit ihrer Beschäftigung auf Lebenszeit stören. Den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren wird Kämpfe mit den großen etablierten Kräften, den Gewerkschaften, auslösen (die dem Staat auf der Tasche liegen). Die exzessive Regulierung abzubauen wird die Umweltschützer aufregen, genauso wie die Reform des Finanzwesens die Banken stören wird.

Reformen des öffentlichen Bereichs werden den Widerstand der Staatsbediensteten hervorrufen - und das sogar ohne über eine Rentenreform nachzudenken. Trotzdem weisen uns die Rentenreformen in den Niederlanden und einigen skandinavischen Ländern den Weg: Weniger Arbeitslosigkeit, mehr Produktivität und ein größeres Vermögen in den Pensionsfonds (in den Niederlanden existieren neben der staatlichen Rentenversicherung zusätzlich Rentenversicherungen privater Anbieter, in die die Arbeitnehmer verpflichtend einzahlen müssen).

Die südlichen Regierungen haben jetzt eine großartige Gelegenheit: sie können ihre Wirtschaft europäisieren, indem sie die Krise nutzen, um Reformen voranzutreiben, die die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Länder erhöhen. Das wird Regierungen erfordern, die nicht populistisch handeln, sondern klare und starke Führung zeigen und Führer, die sich des schwierigen Weges bewusst sind, gleichzeitig aber auch die Vorteile kommunizieren können, die entstehen, wenn alle Hausaufgaben gut gemacht sind.

5. Wenn Sie die Bürger in Bayern mit maximal 2 Sätzen davon überzeugen könnten, Ihren Wahlkreis zu besuchen, welches wären Ihre Argumente?

Katalonien möchte die Niederlande des Südens werden: Katalonien umfasst nur 6% der spanischen Landmasse und 15% der spanischen Bevölkerung, produziert aber 22% der spanischen Wirtschaftsleistung und 28% der spanischen Exporte. Barcelona ist der größte Hafen des Mittelmeers und mehr als 3.000 multinationale Firmen haben hier ihre Werke für Südeuropa gebaut. Wir kombinieren das südländische Wetter mit nordischem Geschäftssinn... und man kann auch das Barça Museum sehen und ein Fußballspiel anschauen!

Termine - Rückschau

- | | |
|--------------|---|
| 15. März | Treffen mit liberalen Politikern aus Bosnien in Brüssel |
| 18. März | Gesprächsrunde mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Rahmen der von der DeZentrale e.V. organisierten Europaakademie |
| 22./23. März | Radio Spectrum Summit |
| 23. März | Gespräch mit oberbayerischen Landräten und Regierungspräsident |
| 24. März | Besuch junger Journalisten im Rahmen des Jugendprogramms des Bayerischen Rundfunks |
| 25. März | Gespräch mit der FDP-Stadtratsfraktion München im Europaparlament |
| 28./29. März | Delegationsreise zu kroatischen Parlamentskollegen (Zagreb, Kroatien) |
| 08. April | Presse-Briefing zum Thema "Digitale Dividende" mit Mobilfunkvertretern (Brüssel) |
| 12. April | Teilnahme am Treffen mit der Bundesregierung zu Europa (Berlin) |
| 15. April | Begrüßung der neuen Leiterin der Bayerischen Landesvertretung in Brüssel |

Newsletter aus Europa No. 5 (April 2010)

Termine - Vorausschau*

23.-25. April	Bundesparteitag der FDP	Köln
26. April	Teilnahme an der Diskussionsrunde "Kommunen unter Druck"	Brüssel
28.-30. April	Delegationsreise des Bildungsausschusses nach Santiago del Compostela zur „Zukunft der Europäischen Hochschulpolitik“	Spanien
07. Mai	Tagesprogramm mit Schülern anlässlich des Girls Days und der EU-Projekttag mit Abgeordneten an Schulen	München
08. Mai	Klausurtagung der FDP Oberbayern	Oberbayern
11. Mai	Klausurtagung mit dem AK IV der Bundestagsfraktion	Berlin
13. Mai	Teilnahme am Ökumenischen Kirchentag	München
14. Mai	Podiumsdiskussion zur „Sozialen Marktwirtschaft“	München
15. Mai	Diskussionsrunde „Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Gesellschaft“	München

*Dies ist nur eine Auswahl von Terminen - eine vollständige Liste finden Sie unter www.europahirsch.de

Aus dem "EU-Jargon"

Was sind Stellvertreter?

In einem Ausschuss sitzen sowohl "ordentliche Mitglieder" als auch Stellvertreter. Die Stellvertreter werden von den Fraktionen ernannt. Die Anzahl der Stellvertreter in einem Ausschuss entspricht immer der Anzahl der ordentlichen Mitglieder aus derselben Fraktion. Man kann sich nicht von einem Mitglied einer anderen Fraktion vertreten lassen.

Obwohl man annehmen könnte, dass "Stellvertreter" nur dann tätig werden können, wenn ein ordentliches Mitglied abwesend ist, haben sie viel weitergehende Berechtigungen: sie können immer an Sitzungen teilnehmen, dort das Wort ergreifen und für ihre Fraktion in diesem Ausschuss Berichte oder Schattenberichte übernehmen. Wenn ordentliche Mitglieder bei Abstimmungen abwesend ist, können sie an derer statt teilnehmen. Es kann, muss aber keine festen Stellvertreter geben. Ich selbst bin Stellvertreterin in den Ausschüssen für Kultur & Bildung sowie Bürgerliche Freiheiten, Justiz & Inneres. Innerhalb meiner Ausschüsse werde ich von verschiedenen ordentlichen Mitgliedern aus meiner Fraktion angesprochen, wenn ich diese bei Abstimmungen vertreten soll.

Kontakt & Impressum

Kontakt - Europa & Impressum

Nadja Hirsch, MdEP
60, rue Wiertz, ASP 10G146
B-1047 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 28 47573
nadja.hirsch@europarl.europa.eu
www.europahirsch.de

EMPL-Ausschuss: Ruth Steinhoff
LIBE-Ausschuss: Nadia El Bennich
CULT-Ausschuss: Nina Elzer
Presse & Öffentlichkeit: Nina Elzer

V.i.S.d.P. Nadja Hirsch, MdEP

Kontakt - Wahlkreis

Europabüro Nadja Hirsch, MdEP
Kontaktperson: Claudia Kunze
Rindermarkt 6, D-80331 München
Tel.: +49-89-126009-22
Fax: +49-89-126009-30
www.europahirsch.de

Diesen Newsletter können Sie jederzeit abbestellen mit kurzer e-mail an nina.elzer@europarl.europa.eu